

Sri Lanka: Sexuelle Gewalt gegen tamilische Knaben

Schnellrecherche der SFH-Länderanalyse

Bern, 16. August 2018

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

Sprachversionen
Deutsch, Französisch

Copyright
© 2018 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

- Bietet der Staat einem von sexueller Gewalt betroffenen tamilischen Knaben aus dem Nordosten Schutz?
- Werden Täter bestraft?

Die Informationen beruhen auf einer zeitlich begrenzten Recherche (Schnellrecherche) in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die der SFH derzeit zur Verfügung stehen, sowie auf den Informationen von sachkundigen Kontaktpersonen.

2 Staatlicher Schutz für von sexueller Gewalt betroffene tamilische Knaben

Sexuelle Gewalt gegen Kinder verbreitet – insbesondere im Norden und Osten. Nach den am 25. Oktober 2016 gegenüber der SFH gemachten Angaben einer *lokalen Kontaktperson mit Expertenwissen im Bereich Kinderschutz* weisen viele Studien darauf hin, dass Kinder und Familien im Norden und Osten des Landes stärkeren Entbehrungen und Verletzlichkeiten ausgesetzt sind als in anderen Landesteilen (SFH, 2016). Verschiedene Quellen (*Mannar Women's Development Federation*, 2017; SFH, 2016 mit Verweis auf weitere Quellen) weisen darauf hin, dass sexuelle Gewalt gegen Kinder im Norden und Osten Sri Lankas verbreitet ist. Nach Angaben von *Mannar Women's Development Federation* (2017) ist gemäss neueren Berichten ein Anstieg von Vergewaltigungen von Kindern zu beobachten. Im Jahr 2016 durchgeführte Interviews im Vanni-Gebiet zeigten auf, dass Kinder in Ein-Eltern-Haushalten besonders häufig verschiedenen Formen von sexuellem Missbrauch inklusive Vergewaltigung ausgesetzt sind (SFH, 2016).

Sexuelle Gewalt gegen Männer und Jungen während Konflikt üblich und findet weiterhin statt. Das *All Survivors Project* vom Mai 2017 weist darauf hin, dass Berichte von internationalen NGOs die Schlussfolgerungen der UNO bestätigten, dass sexuelle Gewalt gegen Männer und Knaben nicht nur während des Konflikts üblich war, sondern dass diese auch aktuell weiterhin stattfindet.

Ungenügende Gesetzgebung für männliche von sexueller Gewalt Betroffene. Im Bericht des *All Survivors Project* vom Mai 2017 wird betont, dass die ungenügende sri-lankische Gesetzgebung den Schutz der von sexueller Gewalt betroffenen Männer und Jungen einschränkt. So sei die Vergewaltigung von männlichen Betroffenen im Gesetz nicht anerkannt und daher auch nicht verboten. Auch beziehe sich das Verbot der Vergewaltigung von Minderjährigen im Gesetz nur auf Mädchen unter 16 Jahren und nicht auf Knaben. Infolgedessen kann laut Strafgesetz Vergewaltigung von Männern und Knaben nur als «schwere sexuelle Gewalt» strafverfolgt werden. Dadurch gilt eine derartige Vergewaltigung als weniger schweres Delikt als die Vergewaltigung von Frauen und hat geringere Strafen der Täter zur Folge. Des Weiteren gebe es eine Kriminalisierung von gleichgeschlechtlichem Ge-

schlechtsverkehr, die männliche Betroffene davon abhalten könne, Fälle von Übergriffen zu melden sowie Dienstleistungen zu ihrem eigenen Schutz in Anspruch zu nehmen.

Stigma und Tabuisierung. Der Bericht des *All Survivors Project* vom Mai 2017 hebt hervor, dass sexuelle Gewalt in Sri Lanka generell mit Stigma und Scham in Verbindung gebracht wird. Wenn Männer und Jungen die Opfer seien, sei dies noch stärker der Fall. Betroffene, die das Erlebte mitteilten, würden Stigmatisierung, Ausgrenzung und einen Verlust des sozialen Status auch durch ihre nächsten und engsten Freunde erleiden. Familien würden es vermeiden, die Übergriffe wegen ihrer degradierenden Art anzusprechen. Des Weiteren spiele es eine Rolle, dass Homosexualität in Sri Lanka stigmatisiert und kriminalisiert werde: Männer und Jungen, welche in Sri Lanka als homosexuell wahrgenommen werden, sind Verunglimpfungen, sozialer Ausgrenzung und teilweise Gewalt ausgesetzt. Dies hat auch Auswirkungen für männliche von sexueller Gewalt Betroffene. Einerseits nehmen männliche Betroffene das Erleiden sexueller Gewalt als Unfähigkeit wahr, sich zu verteidigen. Andererseits wird den Betroffenen eine homosexuelle Orientierung unterstellt. So werden männliche von sexueller Gewalt Betroffene laut *All Survivors Project* zu Opfern von Ausgrenzung und weiteren Misshandlungen – sogar durch Mitglieder der eigenen Gemeinschaft. Aus diesen Gründen würden Opfer oft die Details der erlittenen sexuellen Gewalt in ihren Aussagen weglassen. Allgemein bestehe in Sri Lanka eine gesellschaftliche Haltung, welche es ablehne, das Problem sexueller Gewalt gegen Männer sowie die damit verbundene Stigmatisierung und Tabuisierung anzuerkennen. Zudem bestehe eine Tendenz, Betroffene und ihre Berichte zu ignorieren oder lächerlich zu machen. Das Tabu ist laut *All Survivors Project* vom Mai 2017 so gross, dass ein befragter Psychiater zugab, Eltern von in Schulen missbrauchten Kindern zu raten, die Übergriffe nicht zu melden.

Fehlendes Bewusstsein bei Behörden, NGOs, medizinischen Fachleuten. Nach Angaben des *All Survivors Project* vom Mai 2017 gibt es in Sri Lanka kaum ein Bewusstsein für das Phänomen der sexuellen Gewalt gegen Männer und Knaben. Dies sei nicht nur bei Behörden der Fall, welche in der Regel Anschuldigungen ablehnten oder herunterspielten, sondern sogar bei Personen, die im Menschenrechtsbereich tätig seien. Interviews des *All Survivors Project* mit Anwält_innen, Menschenrechtsverteidiger_innen, medizinischem Fachpersonal und weiteren Personen zeigten auf, dass bei den Befragten Unklarheiten und Konfusion über das Phänomen bestehen. Zudem tendierten die Befragten dazu, sexuelle Gewalt gegen Männer und Jungen mit einer homosexuellen Orientierung der von Gewalt Betroffenen in Verbindung zu bringen. Dieses fehlende Verständnis bedeute, dass sogar diese an vorderster Front tätigen Menschenrechtsverteidigenden solche Übergriffe nicht in genügender Weise dokumentieren und angehen können.

Straflosigkeit; Berichte über Zurückweisungen von betroffenen Tamilen durch die Polizei. Nach Angaben des *All Survivors Project* vom Mai 2017 sind Untersuchungen und Strafverfolgungen bezüglich sexueller Gewalt sowohl gegen männliche als auch weibliche Betroffene selten. So sei kein Fall bekannt, in welchem sexuelle Gewalt gegen Männer und Knaben, die während des bewaffneten Konflikts begangen wurde, strafverfolgt wurde. Hohe Polizeibeamt_innen hätten gegenüber dem *All Survivors Project* angegeben, dass keine Fälle von sexueller Gewalt gegen männliche Tamilen untersucht oder vor Gericht gebracht wurden, weil die Polizei keinerlei Meldung von Betroffenen erhalten habe. Obwohl viele Betroffene ihre Erlebnisse nicht melden, widerspricht dies aber den Erfahrungen von Menschenrechtsverteidigenden in Sri Lanka. Laut diesen habe es verschiedene Versuche von männlichen von sexueller Gewalt Betroffenen gegeben, Übergriffe zu melden. Die Polizei

habe aber entweder abgelehnt, die Anzeige entgegenzunehmen, oder habe die Betroffenen überredet, dem Übergriff nicht weiter nach zu gehen.

Fehlende Fähigkeiten und Expertise bei Behörden, keine Vertraulichkeit und kein Datenschutz, politische Einmischung, jahrelange Verzögerungen bei Ermittlungen und Verfahren. Der Bericht des *All Survivors Project* vom Mai 2017 erwähnt, dass von sexueller Gewalt Betroffene, welche eine Bestrafung der Täter durch die Justiz anstreben, zusätzlichen Schwierigkeiten ausgesetzt sind, welche spezifisch mit der Art der erlittenen Verbrechen in Zusammenhang stehen. Einerseits fehlten Polizei und Gerichten die notwendige Expertise und Fähigkeit. So fehle eine spezifische Ausbildung für die Polizei, um sexuelle Gewalt zu identifizieren und in solchen Fällen zu ermitteln. USDOS (2018) berichtet zudem, dass für Kinder keine genügenden Mechanismen bestehen, um häusliche Gewalt oder Missbrauch in einem geschützten Rahmen zu melden. Obwohl in jeder Polizeistation in der Theorie eine Polizeibeamtin oder ein Polizeibeamter für Meldungen zu Gewalt gegen Frauen und Kinder verantwortlich sei, sei dies in der Praxis nicht überall der Fall (USDOS, 2018). Richter_innen, Amtsrichter_innen und weiteren Justizbeamt_innen fehlen laut *All Survivors Project* das Verständnis und die Sensibilität für Opfer sexueller Gewalt. Es mangle an Massnahmen, um Datenschutz und Vertraulichkeit für die Opfer während allen Verfahrensschritten – darunter auch während der Anhörungen vor Gericht – zu gewährleisten. Ferner fehlten politische Richtlinien («*guidelines in policies*»), um eine wirksame institutionelle Reaktion auf sexuelle Gewalt zu gewährleisten. Zudem gibt laut *All Survivors Project* die Tatsache Anlass zur Beunruhigung, dass auch bei solchen Straftaten Behörden und Fachpersonen politisch beeinflusst werden. Die Fähigkeiten und die Expertise in weiteren für solche Straftaten spezialisierten Bereichen fehlen ebenfalls: Gerichtsmedizinische Beamtinnen und Beamte sind ungenügend ausgebildet, um männliche von sexueller Gewalt Betroffene zu identifizieren. Schliesslich gibt es Berichte, dass Polizeibeamte an den medizinischen Untersuchungen der Gewaltopfer teilnehmen, obwohl die Untersuchungen eigentlich in einem medizinischen Rahmen, in dem Vertraulichkeit gewährleistet ist, stattfinden sollten. Zudem sei die forensische Kompetenz der Behörden klein und führe zu jahrelangen Verzögerungen bei den Ermittlungen. Laut dem Bericht des *All Survivors Project* vom Mai 2017 erfolgen DNA-Analysen zur Untersuchung von Sexualdelikten in Sri Lanka nur sehr langsam, und Ergebnisse liegen teilweise erst mehrere Jahre später vor. Diese massiven Verzögerungen tragen zu übermässig langen Verfahren bei.

Mangelhafte Kindesschutzmechanismen, Vanni-Gebiet besonders betroffen. Nach den am 25. Oktober 2016 gegenüber der SFH gemachten *Angaben einer lokalen Kontaktperson mit Expertenwissen* befindet sich der Bereich Kindesschutz in Sri Lanka weiterhin in der Entwicklungsphase. Die spezifische Situation in Sri Lanka sei komplex und könne je nach Region variieren. Die sri-lankischen Behörden fokussieren zudem mehr auf Bestrafung, statt in präventive und die Familien unterstützende Massnahmen zu investieren. Es gibt keine staatlichen Sozialarbeitenden, welche in der Lage sind, die spezifische Situation angemessen einzuschätzen und den Vertreter_innen von Behörden (zum Beispiel Richter_innen) Lösungen vorzuschlagen, die dem Kindeswohl und der Familie Priorität geben. Nach Einschätzung der Kontaktperson sind vorhandene Mechanismen zum Kindesschutz in Sri Lanka – obwohl in jedem Distrikt vorhanden – oft unterdurchschnittlich («*substandard*»). Kinder sind deswegen ernsthaften Formen von Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung ausgesetzt. Nach Einschätzung der *lokalen Kontaktperson mit Expertenwissen* ist der Bereich Kindesschutz in den Distrikten im Vanni-Gebiet besonders mangelhaft. Gründe dafür sind gemäss der Expertenperson der Mangel an qualifiziertem Personal, die überlappenden Mandate von

verschiedenen staatlichen Behörden, eingeschränkte Aufsicht und ungenügende behördliche Schutzmechanismen im Bereich des Kindesschutzes. Laut *Sri Lanka Brief* vom September 2016 existieren im Vanni-Gebiet keine Mechanismen oder Netzwerke, welche Kinder vor sexuellem Missbrauch genügend schützen (SFH, 2016).

2.1 Sexuelle Gewalt gegen tamilische Knaben durch staatliche Akteure

Hinweise, dass es weiterhin zu sexueller Gewalt durch staatliche Sicherheitskräfte gegen erwachsene und minderjährige Tamil_innen kommt. Der Bericht des *International Truth & Justice Project Sri Lanka* (ITJP) vom Juli 2017 dokumentiert, dass in den Jahren 2016/2017 sowohl das Militär als auch die Polizei in Sri Lanka weiterhin Tamilen und Tamilinnen widerrechtlich entführten, in Haft setzten, folterten und vergewaltigten. Die Übergriffe der Sicherheitskräfte gegen Tamil_innen erfolgen gemäss dem ITJP-Bericht «systematisch». Der Bericht des *All Survivors Project* vom Mai 2017 kommt aufgrund verschiedener Quellen (darunter neben anderen auch ITJP) ebenfalls zum Schluss, dass staatliche Sicherheitskräfte auch nach dem Ende des Konflikts in Sri Lanka sexuelle Gewalt gegen erwachsene und minderjährige Tamil_innen ausüben. Das *US Department of State* (USDOS) legt schliesslich in seinem Bericht vom März 2017 zur Menschenrechtsslage in Sri Lanka dar, dass keine Statistiken zu Kindsmisbrauch geführt werden. Jedoch gibt es laut USDOS (2018) Berichte von Vergewaltigungen von Kindern durch Staatsbedienstete («*government officials*»).

Straflosigkeit der Täter, kaum Untersuchungen und Verurteilungen von Übergriffen insbesondere im Zusammenhang mit dem Konflikt. Laut ITJP (Juli 2017) werden Übergriffe wie Folter und Vergewaltigung gegen Tamil_innen von Befehlsstrukturen innerhalb der Sicherheitskräfte offiziell gebilligt («*systematic and officially sanctioned*»). Gemäss derselben Quelle hat die Regierung unter Präsident Sirisena nichts getan, um die «Kultur der Straflosigkeit» zu beenden, und hat bislang darin versagt, Vorwürfe aus der Vergangenheit zu untersuchen. Opfer sexueller und geschlechtsspezifischer Übergriffe erfahren laut einem Bericht der *International Crisis Group* (ICG) zur Situation der Frauen im Nordosten vom Juli 2017 nur selten Gerechtigkeit durch die Justiz. So würden nur wenige Fälle strafverfolgt, besonders wenige dann, wenn mutmassliche Täter für die Sicherheitskräfte tätig sind. Noch weniger Fälle würden zu einer Verurteilung führen. Eine *im Menschenrechtsbereich tätige Kontaktperson aus Mullaitivu* gab am 24. August 2017 gegenüber der SFH in einer E-Mail-Auskunft an, dass eine Strafverfolgung und Verurteilung von Tätern sexueller Gewalt aus den Reihen der Sicherheitskräfte nicht erwartet werden kann. So hätten verschiedene Gerichtsurteile in der jüngsten Vergangenheit verschiedener Vergehen angeklagte Täter aus den Reihen der Sicherheitskräfte entlastet und gegen die Opfer entschieden (wie zum Beispiel die Fälle Kumarapuram (siehe auch Artikel *Ceylon News*, August 2016) und Raviraj (siehe auch Artikel *Daily News*, Januar 2017)). Wie bereits erwähnt, sind Untersuchungen und Strafverfolgungen bezüglich sexueller Gewalt sowohl gegen männliche als auch weibliche Betroffene selten (*All Survivors Project*, Mai 2017). Es gibt laut *All Survivors Project* vom Mai 2017 bisher keinen bekannten Fall, in welchem mit dem Konflikt zwischen Regierung und den sogenannten «Tamil Tigers» in Zusammenhang stehende sexuelle Gewalt gegen Männer oder Jungen strafverfolgt wurde.

Ebenfalls kaum Verurteilungen bezüglich mit dem Konflikt in Zusammenhang stehenden Vergewaltigungen von Frauen. Bisher sind laut *All Survivors Project* nur in wenigen Fällen Strafverfolgungen bezüglich sexueller Gewalt gegen Frauen aufgenommen worden, und die meisten Ergebnisse seien ungenügend gewesen. So habe es erst zwei Verurteilungen in Fällen von mit dem Konflikt in Zusammenhang stehenden Vergewaltigungen von Frauen gegeben.

Straflosigkeit, starke Militarisierung im Norden und Osten, die Kultur der Überwachung, Einschüchterung und Übergriffe halten Betroffene davon ab, mit dem Konflikt in Zusammenhang stehende sexuelle Gewalt zu melden. Die Kombination von Straflosigkeit, starker Militarisierung insbesondere im Norden und Osten des Landes mit der Kultur der Überwachung, Einschüchterung und Übergriffe sowie das Risiko einer erneuten Verhaftung würden laut Bericht des *All Survivors Project* vom Mai 2017 viele Betroffene von mit dem Konflikt in Zusammenhang stehenden Verstössen davon abhalten, gegen die Täter vorzugehen. Auch die Verabschiedung des Opfer- und Zeugenschutz-Gesetzes im Jahr 2015 und die Einsetzung der *Victim and Witness Protection Authority* im Januar 2016 hat noch nicht den gewünschten Effekt erzielt. So sei die fehlende Unabhängigkeit der *Victim and Witness Protection Authority* ein Problem, da diese innerhalb der Polizei angesiedelt und mit Polizeibeamten besetzt sei, obwohl die Polizei selber für viele Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist. Opfer und Zeugen sind deshalb weiterhin ohne wirksamen Schutz und können eingeschüchtert werden. Nach Angaben von vom *All Survivors Project* interviewten Personen würden von sexueller Gewalt Betroffene die Risiken, denen sie ausgesetzt sein können, einzuschätzen versuchen und entsprechend entscheiden, ob sie den Übergriff melden oder nicht melden würden. Insbesondere Personen in Haft würden weitere Misshandlungen befürchten und seien oft auch nicht bereit, ihre rechtliche Vertretung über Übergriffe zu informieren.

Aus Furcht vor Vergeltung und Repressalien gegen Überlebende, ihre Familien und Aktivist_innen werden nur wenige Fälle von sexueller Gewalt gegen Männer und Knaben zur Anzeige gebracht. Der Bericht des *All Survivors Project* vom Mai 2017 hebt hervor, dass männliche von sexueller Gewalt Betroffene aus Furcht oft nicht nur das Einreichen einer Anzeige bei der Polizei oder ein mögliches Gerichtsverfahren vermeiden, aber auch nicht mit Anwälten, Ärzten und psychosozialen Fachpersonen über den Übergriff sprechen. Die Angst vor negativen Auswirkungen für sie selber und ihre Familienangehörigen verhindere daher in vielen Fällen eine Anzeige. Nach von *All Survivors Project* zitierten Angaben eines Menschenrechtsaktivisten ist die Furcht vor Vergeltung der Hauptgrund für die niedrige Meldequote von Fällen sexueller Gewalt. So sei fraglich, ob von sexueller Gewalt Betroffene sich für eine Anzeige an dieselbe Institution oder dasselbe System wenden würden, in welcher oder in welchem die Täter beschäftigt sind. Auch würde das Risiko, dass Betroffene und ihre Familien weiteren Übergriffen ausgesetzt werden sowie der nötige Einsatz von Zeit, Geld und Energie bei gleichzeitig fehlenden Erfolgsaussichten eine Rolle spielen. Die Angst vor Vergeltungsmassnahmen ist laut Bericht des *All Survivors Project* vom Mai 2017 nicht auf männliche von sexueller Gewalt Betroffene beschränkt.

Einschätzung, dass durch Mitglieder der Sicherheitskräfte verübte sexuelle Gewalt gegen tamilischen Jungen auch bei Anzeige straflos bleibt. Ein von der SFH kontaktierter *vor Ort tätiger Menschenrechtsaktivist* schätzt die Erfolgchancen einer Anzeige gegen Mitglieder der Sicherheitskräfte, die einen tamilischen Jungen vergewaltigt haben, als niedrig ein. Laut der Quelle gibt es nur ganz selten Verurteilungen von Tätern derartiger Verbre-

chen (E-Mail-Auskunft eines *vor Ort tätigen Menschenrechtsaktivisten* vom 25. August 2017).

Vergeltungsmassnahmen für Anzeige wegen durch Mitglieder der Sicherheitskräfte verübte sexuelle Gewalt gegen tamilischen Jungen möglich. Der von der SFH kontaktierte *vor Ort tätiger Menschenrechtsaktivist* gab am 25. August 2017 an, dass ein von sexueller Gewalt betroffener tamilische Junge, dessen Angehörige und sie unterstützende Aktivistinnen und Aktivisten bei einer Anzeige gegen Mitglieder der Sicherheitskräfte mit Vergeltungsmassnahmen und Repressalien rechnen müssen. Eine weitere *im Menschenrechtsbereich tätige Kontaktperson aus Mullaitivu* gab am 24. August 2017 in einer E-Mail-Auskunft an, dass sie aufgrund bisheriger Erfahrungswerte nicht empfehlen würde, einen solchen Fall bei der Polizei anzuzeigen, da die Kultur der Straflosigkeit weit verbreitet sei und die Familie des Opfers aufgrund einer solchen Anzeigen massiven Schikanen ausgesetzt sein können. Nach Einschätzung der Kontaktperson bedeute selbst die Meldung bei der *Human Rights Commission of Sri Lanka* ein gewisses Risiko für die Familie.

3 Quellen

All Survivors Project, Mai 2017:

«In Sri Lanka, a wholly inadequate legal framework also limits protection available to men and boys and undermines efforts to hold perpetrators to account. Sri Lankan law does not recognise and therefore does not proscribe male rape. Similarly, the prohibition of statutory rape applies only to girls (under the age of 16 years) and not to boys. Added to this is widespread discrimination, also enshrined in law, against homosexuals and the criminalisation of consensual same-sex sexual acts, which may further discourage male survivors from reporting or accessing services for fear that they may be accused of homosexual activity and themselves be prosecuted. (...)

Given how commonplace conflict-related sexual violence against men and boys appears to have been, there remains disturbingly little recognition of the phenomenon in Sri Lanka. This applies not only to the authorities who have typically denied or sought to play down allegations, but also among those working with or on behalf of survivors of human rights violations. Interviews conducted in Sri Lanka by All Survivors Project with lawyers, human rights defenders, medical professionals and others reveal significant confusion around the issue and a tendency to conflate sexual violence against men and boys with homosexuality. This lack of understanding means that even these front-line human rights defenders are ill-equipped to document or otherwise respond to the problem. This confusion is, however, rooted in much broader societal understandings and attitudes. Despite evidence suggesting that sexual abuse of boys is common in the context of sex tourism, schools, care homes, religious establishments and other similar settings in Sri Lanka, and that male-on-male sexual violence outside such settings is also not uncommon, there is unwillingness to acknowledge the problem or the enormous shame and stigma associated with it, and a tendency to ignore or ridicule complainants. Such is the taboo associated with it that one psychiatrist interviewed for this study admitted to advising families of children who have been sexually abused in schools not to report it. (...) Similar dangers exist in Sri Lanka where outdated laws make misclassification of sexual violence

against men and boys inevitable and contribute to a situation where there is effectively structural impunity for perpetrators. (...)

While the full extent of sexual violence against men and boys described above (and possibly other practices) is not known, recent INGO reports reinforce the UN's conclusion that sexual violence against men and boys was not only commonplace during the war, but that it did not stop when the fighting ended. Rather, recent reports indicate that it continues today. The London-based organisation Freedom from Torture, which provides treatment and rehabilitation to torture survivors and which has worked with survivors from Sri Lanka for decades, has reported an "exceptionally high volume of referrals for Sri Lankans" in recent years. In a 2015 report for which it reviewed the cases of 148 Sri Lankan torture survivors (125 men and 23 women), it found widespread evidence of "sexual torture". Although the prevalence was particularly high among women (22 of the 23 reviewed cases), two-thirds of men also reported some sort of sexual violence (83 of 125 men), and nearly one-third of men reported being raped (38 men or 30 per cent of all male cases). All the reported violations were alleged to have been committed by members of the military, police or intelligence services and all took place in the context of detention since May 2009. Post-conflict cases of torture have also been documented by The International Truth and Justice Project (ITJP) relating to 225 individuals (170 men and 55 women) interviewed by them, the vast majority of whom are Tamil. According to ITJP, most of the men and boys had suffered sexual violence ranging from the slamming of testicles in drawers to repeated anal gang rape by members of the Sri Lankan security forces. UN experts have likewise found that torture and other ill-treatment, including of a sexual nature, still occur in Sri Lanka, particularly in the early stages of arrest and interrogation by the police and security forces. These findings are reinforced in the report of the National Human Rights Commission of Sri Lanka to the UN Committee against Torture in October 2016 which referred to the cases of 13 persons arrested since April 2016 under the administrative detention regime established under the Prevention of Terrorism Act (PTA). The 13 persons all complained of torture or other ill-treatment of which the methods described include forms of sexual violence, including among other things, forced nudity, squeezing of genitals and insertion of pins into the genitals. (...)

A lack of legal protection for men and boys from sexual violence informs the types of social attitudes described above, but also contributes to an environment in which violations can take place and perpetrators cannot be held to account. In Sri Lankan law, the possibility of rape of men is not recognised. Men are defined only as perpetrators of rape under Article 363 of the Penal Code, under which "a man is said to commit rape who has sexual intercourse with a woman under any of the following descriptions...". Similarly, the prohibition of statutory rape applies only to girls (under the age of 16 years) and not to boys. Other provisions under the Penal Code mischaracterise or define sexual violence in such a way that they do not reflect the lived experience of survivors, are inconsistent with the more inclusive, gender-neutral definitions under international law, or are otherwise inadequate for prosecuting sexual violence against men and boys. For example, forms of sexual violence that do not constitute rape are prohibited under Section 365B of the Penal Code relating to "grave sexual abuse" which is defined as any act "committed by any persons, who for sexual gratification... by the use of his genitals or any other part of the human body or any instrument on any orifice or part of the body of any other person..." without consent or under force, threat

or intimidation. Rape of men (and other forms of sexual violence) could be prosecuted under this provision. However, it offers an inadequate recourse, not only because it carries a lesser sentence than rape under Article 363, thereby effectively treating the rape of males as a lesser crime than the rape of females, but also because to prosecute rape as “grave sexual violence” mischaracterises and diminishes the nature of the crime. In addition to the Penal Code’s definition of “rape” being exclusively applied to women, it is also otherwise unduly narrow and inconsistent with international standards. Other examples of outdated laws includes provisions relating to “emasculatio” which is proscribed under the Penal Code as a form of grievous hurt. 60 The use of “emasculatio” reinforces regressive ideas about what comprises masculine identity and notions that masculine and/or feminine identities are reducible to anatomy alone. In addition, other provisions under the Penal Code may deter male survivors from seeking justice. Sections 365 and 365A criminalise certain homosexual acts, categorising them as “unnatural offences”. These provisions have been used to persecute members of the LGBTI community and serve to reinforce discriminatory gender stereotypes. Constitutional protection is also lacking for survivors of sexual violence (male and female). Sri Lanka’s Constitution, while prohibiting torture, does not explicitly reference rape or sexual violence. Remedy for victims of sexual violence can therefore only be sought under Article 11, which prohibits torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment. As such the sexual nature and specific harms resulting from the act are not recognised and cannot be addressed. Moreover, although sexual violence often has consequences for the victims’ physical and mental health that are distinct from non-sexual forms of torture, remedies under Article 11 do not include specific services to address the sexual element of these forms of torture. Although a few fundamental rights applications have been filed under Article 11 by female survivors of conflict-related sexual violence, outcomes have generally been unsatisfactory. In the meantime, time limits on filing Fundamental Rights cases (generally within one month of the violation having occurred), the financial costs involved (including in compensating complainants) and other challenges act as an effective obstacle to pursuing justice via this route.

Lack of reporting

The absence of laws that adequately recognise and protect against male rape and other forms of sexual violence presents a fundamental obstacle to reporting the crime. But this is compounded by other factors such as fear, stigma, lack of confidence in the justice system and absence of services and support for survivors. Reporting is hampered in turn by lack of awareness and understanding of the issue, even among lawyers, human rights defenders and others who work on behalf of victims of human rights violations in Sri Lanka and would typically be the among the first to document, respond to and provide support to survivors. Interviewees told All Survivors Project that survivors are generally unwilling to report cases of sexual violence, and of the few that do inform lawyers of specific incidents, a smaller fraction still are willing to lodge formal complaints or pursue legal processes. (...) Lack of awareness, expertise and capacity In interviews conducted with lawyers, human rights advocates and medical and psychosocial practitioners, the lack of awareness on the issue of sexual violence against men was evident. Many were uncertain of what would constitute sexual violence against men and boys and showed an unexpected degree of confusion about the issue. A lawyer who was asked to explain his understanding of sexual violence against men responded: “ I can’t explain... we can’t give a correct explanation about men. ” Other interviewees listed cases and types of violations in order to ascertain if they constituted sexual violence or not, as they were not aware of what was meant by sex-

ual violence against men. While this sort of confusion is symptomatic of broader societal attitudes, it is also revealing of some of the challenges involved in documenting and reporting cases of sexual violence against men and boys. Human rights defenders and lawyers in Sri Lanka (as is the case elsewhere) commonly lack the experience and skills needed to identify the signs. Some interviewees also expressed their hesitation in directly questioning survivors about whether they had been sexually abused, expressing reluctance to pressure victims to relate experiences of such a sensitive and distressing nature. While showing sensitivity towards victims during questioning is critical, it can be problematic if incidents of sexual violence against men and boys remain undocumented and victims do not receive the support that they need. Several interviewees conflated male sexual violence with homosexuality or cited laws proscribing homosexual acts, reflecting both a lack of awareness of the definition of rape and other forms of sexual abuse but also misconceptions about the nature and prevalence of sexual violence against men. In the words of one senior human rights activist, “ in order for a male officer to rape a male inmate, he would need to have homosexual tendencies, wouldn’t he? ” In reality, perpetrators of same-sex sexual victimisation often maintain a heterosexual identity. Moreover, consensual same-sex sexual activity is irrelevant to concerns about sexual violence. Consent should be the focus, rather than the sexual orientation of either the perpetrator or victim. A preoccupation with homosexuality, often informed by homophobic attitudes, contributes to the confusion surrounding the issue.

Fear of reprisal and lack of protection for victims

Individual victims fear not just the filing of police complaints and cases in court but also talking about the abuse to lawyers, doctors, psychosocial workers or others. Fear of repercussions both to themselves and to family members therefore remains a significant barrier to reporting in Sri Lanka. According to one Colombo-based human rights activist: “ I think that the low reportage of sexual violence can be mainly attributed to a real fear of reprisal... Also, why would anyone want to lodge a complaint with the same institution/system perpetrators are part of? Why put yourself at risk of further torture to themselves or their family, spend time, money and energy when you know you’re not going to get justice? ” The fear of reprisals is not unique to male victims of sexual violence; a combination of impunity, heavy militarisation particularly in the North and East of the country, a culture of surveillance, intimidation and harassment and the risk of re-arrest deters many victims of conflict-related violations from pursuing justice. According to one interviewee, there are instances where survivors have been explicitly warned by officials not to lodge formal complaints or have been deterred from doing so. A long-pending law on victim and witness protection (the Victim and Witness Protection Act No. 4), was adopted in 2015 and a Victim and Witness Protection Authority (the Authority) appointed in January 2016. However, multiple concerns have been raised including the lack of independence of the Authority, which is located within the police and to which police officials are appointed despite the culpability of the police for many human rights violations. In the meantime, protection remains ineffectual and concerns continue to be raised that victims and witnesses continue to be intimidated. According to interviewees, victims of sexual violence calculate the risks they face and accordingly decide whether to report or not. For those in custody there is the risk of being subjected to further ill-treatment or prolonged detention, and those that have been released fear re-arrest and persecution. One lawyer noted that detainees in particular are often unwilling to relate their experiences to their legal representatives: “ When we go and meet them they don’t talk. It is only later. In TID and Boosa detention cen-

tres mainly most people don't come with these things. Later when going regularly they will talk about torture, they are afraid we will file issues. ” **In other cases, male survivors of sexual violence fear their experiences becoming public and the risk that they will lose control of their “story” and that their experiences will be used by others for political or other ends without consulting them. Silence is therefore a coping mechanism for survivors in response to fear and to try to “normalise” their lives in the militarised and repressive post-war context.**

Stigma and shame

Fear of retaliation is compounded by the shame and stigma associated with sexual violence generally and with sexual violence against men and boys in particular. One lawyer working with detainees explained that “ victims of sexual abuse or violence find it very difficult to return to and face their communities, if they come out and speak about their experiences .” The same point was reinforced by a Catholic priest working with detainees who told All Survivors Project that: “ **Male survivors who share their experiences, experience stigma, ostracism, and a loss of social standing even among their closest and most sympathetic friends, and are re-victimised and further traumatised as a result of opening up about their experience and attempting to seek justice.** ” For former fighters, reporting may be especially difficult. As one interviewee noted: “ *It's the shame factor, it's emasculating. If you are a Tamil from the North and from LTTE, it is doubly worse, it is the worst. What you said could happen to women [being raped] and they could escape by joining the LTTE, it's happening to you .*” Social expectations and masculinity norms in Sri Lankan society, in which men are seen as protectors and providers (as well as perpetrators), informs decisions by survivors about whether to report or not. Family members may also be similarly constrained. One human rights activist recalled two cases where it was evident that male relatives had been subjected to sexual violence, **but where family members had avoided talking about it directly: “ They would say ‘ terrible things ’ happened. Not wanting to get into detail because of the degrading nature of it .”** An additional factor contributing to under-reporting is the interrelated but distinct issue of stigmatisation and criminalisation of homosexuality. **The fact that men and boys perceived to be gay or who are effeminate are subjected to vilification, social ostracism and in some cases violence has specific implications for male survivors. For them to admit to having been forced to carry out a sexual act with another man may be perceived as an admission not only of their inability to protect themselves but also as an expression of their own sexual desires. Rather than being treated as victim of crime, survivors also risk being subjected to abuse and ostracism, including by members of their own community. Thus, victims may choose to omit details of sexual violence in their narratives and testimonies.**

(...) Access to justice is particularly challenging for survivors of sexual violence, male or female, who must not only contend with the lack of political will, institutional failures and other obstacles encountered by all victims of human rights violations in Sri Lanka, but also with the stigma, shame, misunderstanding and misrepresentation of the crimes to which they have been subjected. Consequently investigations into, let alone prosecutions of sexual violence are rare. The government previously reported that 39 investigations had been initiated into acts of rape and sexual violence allegedly committed by the security forces during the war, but in January 2017 the UN Committee against Torture criticised the Sri Lankan government for failing to provide updated information on the progress of these investigations. Prosecutions have taken place in

only a handful of cases involving sexual violence, all of them against women, and most judicial outcomes have been inadequate. To date, there have been just two convictions in cases of war-related rape of women, including one case in which four soldiers were found guilty and sentenced to 25 years in prison in October 2015 of sexually assaulting two Tamil women in Visuvamadu in 2010. The case was in many ways a landmark, brought under the Torture Act (No. 22 of 1994) the rapes were recognised as torture in the indictment and judgment, although the sexual nature of the offence and the specific harms relating to it were not acknowledged. There is no known case in which conflict-related sexual violence against men and boys has been prosecuted in Sri Lanka. Senior police officers speaking under conditions of anonymity maintained that no cases of sexual violence against male Tamils have been investigated or brought before the courts because no complaints have been received by the police. However, although many survivors do not report for the reasons set out above, this contradicts the experience of human rights defenders in Sri Lanka who are aware of attempts by male victims of sexual violence to report crimes, but where the police have either refused to record the complaint or have dissuaded victims from pursuing it. There is, however, also the additional possibility that cases involving sexual violence against men and boys have been prosecuted under the Torture Act, but that when submissions are made to the courts details of the sexual violence are omitted either because victims do not wish for it to be included or because their legal representatives do not recognise it as a distinct issue. As one interviewee noted: "Torture, I assume, would include any form of sexual abuse. It's part of torture. It's not defined separately... Sexual organs are used as ways of extracting information and so on... It's not separated [from torture]. That's why it's not reported [as a separate issue]." However, in reality few cases have ever been prosecuted under the Torture Act and, given the numerous and well-documented obstacles to justice for conflict-related crimes in Sri Lanka, the prospects of success in obtaining redress under that (or indeed under any other legislation) by male survivors of sexual violence are currently low. ⁸⁶ However, victims of sexual violence face additional challenges to securing justice that relate to the specific nature of the crimes against them. These include a lack of expertise and capacity in the police and judiciary. Information gathered by All Survivors Project indicates that there is no specific training available to help the police to identify and investigate sexual violence. Judges, magistrates and other judicial officials also lack understanding of and sensitivity towards victims of sexual violence, and procedures to ensure the privacy and confidentiality of victims at all stages, including during court hearings, are lacking. There are additionally no guidelines in policies to ensure effective institutional responses to sexual violence. Capacity and expertise in other specialist areas is also lacking and concerns about political interference persist. Judicial Medical Officers (JMOs), whose role it is to examine individuals alleging physical injury or harm resulting from their treatment in detention, receive no training on the identification of sexual violence against men and boys who do not specifically report that it has occurred. Physical examinations take place with consent, but stigma and shame may prevent victims from reporting injuries, particularly to the genitals, and may cause them to withhold consent. Moreover, although guidelines require that examinations take place in a private setting, there are reports of police officers being present during medical examinations. Forensic capacity is also low and this has caused delays of up to several years in investigations. Regular forensic analysis of samples collected by the police is the responsibility of the Government Analyst Department (GA), but concerns exist about the way in which evidence is collected by the police and delays by the GA in reporting on its findings. DNA testing is outsourced to a private facility

which has also been criticised for the length of time taken to produce reports in cases involving sexual crimes. According to one lawyer interviewed for this study, she was compelled to lodge a complaint to the Magistrate over the three-year delay in obtaining a forensic report in a regular criminal case relating to the rape of a foreign national. Such delays contribute to inordinately lengthy trial processes in Sri Lanka, which create additional uncertainty and distress for victims.» Quelle: All Survivors Project: Legacies and Lessons; Sexual violence against men and boys in Sri Lanka and Bosnia, 16. Mai 2017, S. 3, 6, 7, 14, 17-21, 23-24; <https://allsurvivorsproject.org/wp-content/uploads/2017/05/Sexual-violence-against-men-and-boys-in-Sri-Lanka-and-BiH.pdf>.

Ceylon News, August 2016:

«Recent acquittal of six military officials indicted in the massacre of 26 Tamil civilians at Kumarapuram in the eastern port city of Trincomalee in 1996 has further intensified the call for an international war crimes probe, the victims and the main opposition TNA said. These army officers were accused of massacring 26 unarmed Tamil civilians of Kumarapuram in Kiliveddi in Trincomalee using automatic assault rifles on February 11, 1996. The victims included six women, five men and 13 children. Thirty-nine villagers were also injured in the horrific incident. The initial hearings were held in Muttur Courts and the eye witnesses identified eight army personnel who were then serving at the Dehiwatte camp in Trincomalee. Citing the war situation, the case was later transferred to Anuradhapura High Court where proceedings commenced after 20 years. Two accused have already died. The remaining accused were indicted by the Attorney General on 101 separate charges. The accused were suspended from the Army subsequently. The final hearing continued for a month after it was taken up for hearing after 20 years and the Jury consisting of six Sinhalese members returned to the unanimous verdict of not finding them guilty. All six Army Corporals were acquitted of all charges by Anuradhapura High Court Judge Manjula Thilakarathne last Wednesday (July 27). Disappointed Commenting on the issues, Northern Provincial Councillor of the Tamil National Alliance (TNA), M.K Sivajilingam said that the acquittal has badly disappointed the Tamil people, who have fighting for justice in many such cases. “The Anuradhapura High Court Judge has delivered this judgement despite the victims identifying the perpetrators. This clearly shows that justice can be expected in a local judicial mechanism,” he told reporters in Jaffna on Wednesday. “This has further intensified the call by the Tamil people for international investigation for war crimes and genocide of Tamils”. (...) “On Feb 11, 1999 the Kumarapuram village was brutally massacred by the Sri Lankan army. I lost seven members in my family. My mother a pregnant when she was killed. Our people gave witness on June 27 (this year) before the Anuradhapura Magistrate. Nevertheless, the justice is denied to us,” a young mother said. She said children and women were raped and killed during this massacre. “They have acquitted all the accused on July 27. How can this happen? What is the reason for the acquittal? We need to know them under this ‘good governance’. We need justice,” she said. Another middle-aged mother named Kathapodi Piraparani from Kiliveddi, Kumarapuram said: “On Feb 11, 1999 they shot and killed my mother after forcibly entering into our house. I personally identified the culprit. We attended all the court sittings. Under this ‘good governance’ we strongly expected positive judgement, but it was proven otherwise”. “The accused have been released. Where is the justice for the victims? I am alone without my father and mother. Will the good governance address our grievances,” Piraparani asked in despair.» Quelle: Ceylon News, Kumarapuram

judgement intensifies call for intl. war crime probe, 4. August 2016:
www.ceylonews.com/2016/08/kumarapuram-judgement-intensifies-call-for-intl-war-crime-probe-video/.

Daily News, Januar 2017:

«The appeal filed by Raviraj’s wife challenging the Colombo High Court’s judgement to release the five accused, including three Navy intelligence officers, in the Raviraj murder case was dismissed by the Court of Appeal on January 19. (...) On December 23, 2016, three Navy intelligence officers and two others, accused in the Raviraj murder, were acquitted and released from the case after they were found not guilty by jury trial. The verdict which was delivered by High Court Judge Manilal Waidyatileke, as per the unanimous decision reached by the jury, following a month long trial. The jury’s decision was that the accused cannot be convicted based on the evidence in the case. .» Quelle: Daily News, Raviraj murder case: aggrieved party requests court to re-list appeal, 23. Januar 2017: www.dailynews.lk/2017/01/23/law-order/105448/raviraj-murder-case-aggrieved-party-requests-court-re-list-appeal.

ICG, 2017:

«Justice for sexual and gender crimes is rare: few cases are prosecuted, especially if the alleged perpetrator is in the security services, and even fewer end with convictions. Court procedures are long and not gender sensitive; delays, the adversarial approach of lawyers and social stigma all combine to re-traumatise many victims and discourage others from seeking justice.» Quelle: International Crisis Group (ICG), Sri Lanka’s Conflict-Affected Women: Dealing with the Legacy of War, 28. Juli 2017, S. 10-11: <https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/289-sri-lankas-conflict-affected-women-dealing-with-the-legacy-of-war.pdf>.

International Truth and Justice Project, Juli 2017:

«This report establishes that in 2016/17 both the military and police in Sri Lanka continue to abduct, unlawfully detain, torture and rape Tamils. The violations remain systematic and officially sanctioned by command structures within the security forces. (...)

All the 2016 and 2017 cases involved individuals who were abducted in vans, all of them bar three in white vans. Of the 33 cases involving torture in 2015, 20 were abducted in white vans and 9 in vans of other colours and one in another sort of vehicle. The security forces follow a standard modus operandi during the abduction, checking the victim’s name and asking for their identity card, blindfolding and tying their hands and in some cases gagging the victim if they make a lot of noise. The abductors are a team of men dressed in plain clothes. (...)

The UN Investigation into Sri Lanka described the modus operandi of “white van” abductions and established that “incidents of sexual violence were not isolated acts but part of a deliberate policy to inflict torture” by the security forces. Nothing has been done by the new Government to break this culture of impunity, even when a torture site first identified by the ITJP was corroborated by a visiting WGEID team. After two and a half

years in office, **the Government's failure to investigate past allegations** makes it complicit in the continuation of the violations.

There has also been no attempt to vet public officials despite the commitment in UNHRC Resolution 30/1 to do this. Instead, the Government has rewarded alleged torturers and officials allegedly implicated in war crimes. As the ITJP's reports show, alleged perpetrators have been sent abroad as diplomats and members of delegations to UN committees.

The ITJP evidence base is built on hundreds of detailed witness statements, through which the ITJP has now identified several alleged perpetrators (direct and in positions of command responsibility) and torture sites, but there is still regrettably no credible witness protection mechanism for witnesses and victims inside or outside the country to testify, be it to a truth commission or court. The evidence base has been amplified by insider witnesses who confirm the modus operandi and methodology as well as identity of many of the torturers.

The Government has excused its failure to investigate until now saying it is waiting for the special court to be set up. However, it is now clear the Prime Minister and President have no intention of establishing a hybrid court as the Foreign Minister originally promised in Geneva in September 2015. **The President has reassured the security forces in person and in public that not one of them will be charged with human rights violations, which reinforces the culture of impunity.** The UN High Commissioner for Human Rights has made it clear another domestic mechanism will not have the trust of victims after so many have failed to deliver justice. Furthermore, the limitations in the current criminal justice system render it incapable at this point of delivering justice for serious crimes.» Quelle: International Truth and Justice Project, Unstopped, Juli 2017: S. 5, 18, 77: www.itjpsl.com/assets/ITJP_unstopped_report_final.pdf.

Mannar Women's Development Federation, 2017:

«**Sexual abuse of children is on the rise. In the North and East it is high. (...) Recent reports have indicated that child rape is on the rise.**» Quelle: Mannar Women's Development Federation (Autor), veröffentlicht von CRC – UN Committee on the Rights of the Child: Report of the Mannar Women's Development Federation for the Examination of the Fifth and Sixth Combined Periodic Report of Sri Lanka, 77th Session of the Committee on the Rights of the Child, Dezember 2017, S. 5: www.ecoi.net/en/file/local/1422816/1930_1516880867_int-crc-ngo-lka-29835-e.pdf.

SFH, 2016:

«**Gewalt gegen Kinder verbreitet – auch im Vanni-Gebiet.** Laut verschiedenen Quellen ist Gewalt gegen Kinder in Sri Lanka weiterhin ein Problem. Nach Angaben von UNICEF Sri Lanka aus dem Jahr 2014 werden in Sri Lanka pro Jahr rund 1500 Fälle von Gewalt gegen Kinder gemeldet. Allerdings fehlten weiterhin genaue Daten über das Ausmass.

Nach am 25. Oktober 2016 gemachten Angaben einer lokalen Kontaktperson mit Expertenwissen im **Bereich Kinderschutz weisen viele Studien darauf hin, dass Kinder und Familien im Norden und Osten des Landes stärkeren Entbehrungen und Verletzlichkeiten ausgesetzt sind als in anderen Landesteilen.** Auch Mullaitivu liege innerhalb dieser stärker betroffenen Regionen. Diese gehören zu den von Armut am stärksten betroffenen und vom

zurückliegenden Konflikt am meisten beeinträchtigten Distrikten. **Einem Beitrag von Sri Lanka Brief vom September 2016 gemäss zeigten kürzlich durchgeführte Interviews im Vanni-Gebiet auf, dass Kinder in Ein-Eltern-Haushalten besonders oft verschiedenen Formen von sexuellem Missbrauch inklusive Vergewaltigung ausgesetzt sind.**

Ungenügende Umsetzung von Gesetzen zum Kinderschutz, Straflosigkeit, ungenügende Schutzmöglichkeiten im ganzen Land. USDOS erwähnte im April 2016 Berichte von NGOs, wonach die **Gesetze zum Schutz vor Kindesmissbrauch zwar nicht ungenügend seien, jedoch diese kaum umgesetzt würden.** Nach Angaben der «National Child Protection Authority» (NCPA) sei die **Situation viel schlimmer, als sie von der Polizei dargestellt werde.** Zudem sei eine der grössten Schwierigkeiten die **Kultur der Straflosigkeit in Sri Lanka, welche durch langwierige Verzögerungen bei der Bearbeitung von Fällen von Kindsmisshandlungen noch verstärkt werden.**

Nach den am 25. Oktober 2016 gemachten Angaben einer lokalen Kontaktperson mit Expertenwissen befinde sich der Bereich Kinderschutz in Sri Lanka weiterhin in der Entwicklungsphase. Die spezifische Situation in Sri Lanka sei komplex und könne je nach Region variieren. Die sri-lankischen Behörden fokussieren zudem mehr auf die Bestrafung, statt in präventive und die Familien unterstützende Massnahmen zu investieren. Es gibt keine staatlichen Sozialarbeitenden, welche die spezifische Situation angemessen einschätzen können und den Behörden (zum Beispiel Richtern) Lösungen vorschlagen, die dem Kindeswohl und der Familie Priorität geben. **Nach Einschätzung der Kontaktperson sind vorhandene Mechanismen zum Kinderschutz in Sri Lanka – obwohl in jedem Distrikt vorhanden – oft unterdurchschnittlich («substandard»).** Kinder sind ernsthaften Formen von Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung ausgesetzt. Wie weiter oben erwähnt, sind Unterstützungsdienste für Missbrauchsopfer nach Angaben von UNICEF sehr fragmentiert und die Standards unterscheiden sich.

Massnahmen zum Kinderschutz im Vanni-Gebiet besonders mangelhaft. Nach Einschätzung der lokalen Kontaktperson mit Expertenwissen ist der **Bereich Kinderschutz in den Distrikten im Vanni-Gebiet besonders mangelhaft.** Gründe dafür sind gemäss der Expertenperson: **der Mangel an qualifiziertem Personal, die überlappenden Mandate von staatlichen Behörden, limitierte Aufsicht und ungenügende behördliche Schutzmechanismen im Bereich des Kinderschutzes.** Laut Sri Lanka Brief vom September 2016 existieren im Vanni-Gebiet **keine Mechanismen oder Netzwerke, welche Kinder vor sexuellem Missbrauch genügend schützen.**» Quelle: Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Situation im Vanni-Gebiet, 18. Dezember 2016, S. 16-18: www.fluechtlingshilfe.ch/assets/herkunftslaender/asien-pazifik/sri-lanka/161218-lka-vanni.pdf.

USDOS, 2018:

«Child Abuse: Most child abuse complaints received by the National Child Protection Authority related to violence inflicted on children, and the rest of the complaints addressed related issues such as cruelty to children, deprivation of a child's right to education, sexual abuse, and child labor. Teachers, school principals, and religious instructors reportedly sexually abused children. In a number of child rape cases, government officials were the suspected perpetrators. Civil society organizations working on children's issues asserted children had insufficient mechanisms to report

domestic violence or abuse safely. Although police stations are supposed to have an officer dedicated to handling abuse complaints from women and children, the government did not consistently implement this practice nationwide. (...)

Sexual Exploitation of Children: *The law prohibits the commercial sexual exploitation of children, the sale of children, offering or procuring a child for child prostitution, and practices related to child pornography, but authorities did not always enforce the law. The minimum age of consensual sex was 16.»* Quelle: US Department of State (USDOS), Country Report on Human Rights Practices 2017 - Sri Lanka, 20. April 2018:

www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/2017/sca/277293.htm.

USDOS, 2017:

«Child Abuse: Although there are no available government or NGO statistics on child abuse, there were reports of sexual abuse of children by teachers, school principals, and religious instructors, as well as a number of child rape cases in which government officials were the suspected perpetrators. Civil society organizations working on children's issues asserted there were insufficient mechanisms for children to report domestic violence or abuse safely. Although police stations are supposed to have an officer dedicated to handling abuse complaints from women and children, this was not consistently implemented throughout the country. During the reporting period, the government cooperated with UNICEF to run a social media campaign highlighting online safety and violence against women and children.» Quelle: United States Department of State, 2016 Country Reports on Human Rights Practices - Sri Lanka, 3 March 2017:

www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/index.htm?year=2016&dliid=265548.